



## Niederschrift

Gremium: Ausschuss für Inklusion, Gleichstellung, Soziales, Wohnen und Ehrenamt

Datum: Donnerstag, 10.03.2022

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 19:05 Uhr

Ort: Mensa der Sekundarschule Beckum, Windmühlenstraße 95, 59269 Beckum

Hinweis: Die Niederschrift ist für die Öffentlichkeit auf den öffentlichen Teil der Sitzung beschränkt.

## Tagesordnung

### Öffentlicher Teil:

- 1 Anfragen von Einwohnerinnen und Einwohnern
- 2 Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Inklusion, Gleichstellung, Soziales, Wohnen und Ehrenamt vom 23.11.2021 – öffentlicher Teil –
- 3 Bericht der Verwaltung
- 4 Bericht über offene Anträge und Anfragen der Fraktionen sowie über offene Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen  
Vorlage: 2022/0081
- 5 Vorstellung der Arbeit der Frauenberatungsstelle Beckum  
Vorlage: 2022/0080
- 6 Vorstellung der Evaluation des Inklusionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenkonvention  
Vorlage: 2022/0079
- 7 Anfragen von Ausschussmitgliedern

### Nicht öffentlicher Teil:

- 1 Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Inklusion, Gleichstellung, Soziales, Wohnen und Ehrenamt vom 23.11.2021 – nicht öffentlicher Teil –
- 2 Bericht der Verwaltung
- 3 Anfragen von Ausschussmitgliedern

## **Anwesenheitsliste**

### **Anwesend**

#### Vorsitz

Karin Burtzlauff

#### CDU-Fraktion

Kathrin Averdung

Theresia Gerwing

Christian Weber anwesend ab 17.10 Uhr

#### CDU-Fraktion – Sachkundige Bürgerinnen und Bürger

Klaus Schöttler

Ulrike Spiggelkötter anwesend ab 17.25 Uhr

#### SPD-Fraktion

Felix Brinkmann

Sigrid Himmel

#### SPD-Fraktion – Sachkundige Bürgerinnen und Bürger

Heinz Jürgen Meyer

#### Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Kai Braunert Vertretung für Herrn Marvin Bode

Ute Zeyn

#### FWG-Fraktion – Sachkundige Bürgerinnen und Bürger

Elisabeth Eickmeier Vertretung für Frau Britta Kadatz

#### Beratende Mitglieder

Klaus Wienker Vertretung für Frau Silvia Böning Antunes

#### Verwaltung

Monika Björklund

Maria Heumann

Martin May-Neitemann

Olaf Schulte

### **Nicht anwesend**

#### SPD-Fraktion – Sachkundige Bürgerinnen und Bürger

Christopher Ottenlips

#### Fraktion Bündnis 90/Die Grünen – Sachkundige Bürgerinnen und Bürger

Marvin Bode

#### FWG-Fraktion – Sachkundige Bürgerinnen und Bürger

Britta Kadatz

#### FDP-Fraktion

Karl-Heinz Przybylak entschuldigt

Beratende Mitglieder

Silvia Böning Antunes

Thomas Feldmann

Kirsten Zander

entschuldigt

## Protokoll

Die Sitzungsleitung eröffnet die Sitzung und stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Einwendungen hiergegen werden nicht erhoben.

### Öffentlicher Teil:

#### **1 Anfragen von Einwohnerinnen und Einwohnern**

Es lagen keine Anfragen von Einwohnerinnen oder Einwohnern vor.

#### **2 Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Inklusion, Gleichstellung, Soziales, Wohnen und Ehrenamt vom 23.11.2021 – öffentlicher Teil –**

Es wurden keine Einwände oder Ergänzungen zur Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses vom 23.11.2021 – öffentlicher Teil – eingebracht.

#### **3 Bericht der Verwaltung**

##### a) Ukraine-Vertriebene:

Herr Schulte gab einen Überblick über die unübersichtliche und unklare Situation, die die Ukraine-Krise mit sich bringt und in der sich dynamisch jeden Tag etwas Neues ergibt. Er ging auf verschiedene Punkte ein:

Leistungs- und Aufenthaltsrecht: Zunächst dürfen sich alle einreisenden Ukrainer visumsfrei 90 Tage in Deutschland aufhalten. Am 4. März hat der EU-Rat die Massenzustrom-Richtlinie verabschiedet. Sollten Vertriebene ein Hilfesuch, zum Beispiel auf Unterkunft, Krankenhilfe oder Geldleistungen stellen, so ist dies ein Schutzgesuch, das einem Asylgesuch gleichgestellt ist. Somit ist leistungsrechtlich das Asylbewerberleistungsgesetz anzuwenden. Schutzsuchende Ukrainer müssen sich bei der Ausländerbehörde des Kreises Warendorf online registrieren und werden dann einen Aufenthaltstitel nach § 24 Aufenthaltsgesetz erhalten. Dieser wird mit einer Arbeitserlaubnis verbunden.

Unterbringungssituation: Angestrebt wird ein durch Land und Bund abgestimmtes Verteilungsverfahren. Bis dahin ist ein unkontrollierter Zugang zu hier lebenden Verwandten, Freunden und Bekannten zu beobachten. Diese Personen kümmern sich im Moment um die Vertriebenen. Für eine weitergehende Unterbringung liegen zahlreiche Wohnungsangebote von Privatpersonen unterschiedlichster Größe und Ausstattung vor. Diese Angebote werden im Fachdienst 50 zusammengefasst, es erfolgt eine Prüfung und Inaugenscheinnahme und anschließend soll die Unterbringung möglichst passgenau erfolgen. Derzeit wird auch geprüft, ob und in welcher Form eine Zuverlässigkeitsprüfung der Wohnungsgebenden erfolgen soll. Zeitgleich wird der städtische Wohnraum vorbereitet. Es besteht eine enge Kooperation der Städte untereinander und mit dem Kreis Warendorf.

Bürgerschaftliches Engagement: In Beckum haben sich Netzwerke zusammengefunden, im Kern die Ukraine Hilfe Beckum. Mit diesen wird eng kooperiert. Die Ukraine Hilfe Beckum sammelt einerseits Hilfsgüter und transportiert sie auch nach Polen. Hier in Beckum organisiert sie Hilfsangebote, Übersetzer, Betreuung und ist Ansprechpartnerin für die Vertriebenen.

In der kommenden Woche wird ein Abstimmungsgespräch mit den in Beckum ansässigen Organisationen wie Caritas, DRK, THW, HIN-Büro, Frauen helfen Frauen, AK Asyl usw. erfolgen.

Herr Meyer erfragte den Umgang mit traumatisierten Kindern, hier seien professionelle Hilfsangebote nötig. Herr Schulte teilte die Auffassung, gab aber zu bedenken, dass die Menschen erst ankommen müssen, bevor Hilfsangebote Sinn machen.

Herr Weber fragte, ob die Personen vor der Unterbringung erst getestet und möglicherweise zuvor in eine Quarantäne geschickt werden. Dies sei nicht möglich, verwies Herr Schulte mit Blick auf die Tatsache, dass die Menschen derzeit unkontrolliert ankommen. Frau Gerwing fasste zusammen, dass die Unterbringung trotz der überwältigenden Hilfsbereitschaft der Bevölkerung eine Mammutaufgabe bleibt.

Herr Weber wies ebenfalls das überwältigende Engagement der Bürger hin und regte an, zu überlegen, wie man hierfür Dank aussprechen könne, denn dieses Engagement muss wertgeschätzt werden.

#### b) Stellenbesetzungen im FB 5:

Herr Schulte berichtete, dass zum 01.01.2022 die Sozial- und Jugendhilfeplanerin Frau Giesen eingestellt wurde. Sie ist eine hervorragende Fachkraft, die sich um die Präventionskette bis zum Übergang von Schule zum Beruf kümmert und die Sozialraumanalyse betreibt, also Angebote und Bedarfe ermittelt und die Entwicklung und Begleitung übernimmt.

Die Stelle eines Senioren- und Ehrenamtskoordinators ist ausgeschrieben. Die Stelle des Integrationsmanagers wird zeitnah bewertet und dann schnellstmöglich besetzt. Weiter wies Schulte auf die Nachbesetzung einer Stelle in der Wohngeldgewährung aufgrund eines Renteneintritts hin, zeitgleich wird der Bereich Wohnungswesen derzeit neu konzipiert.

#### c) Ehrenamtskarte:

Herr Schulte berichtete zur Ehrenamtskarte, die seit 2011 in Beckum ausgegeben wird. Bisher wurden 295 Karten ausgegeben, von denen 77 aktuell noch gültig sind. Neu wird jetzt auch in Beckum die Jubiläums-Ehrenamtskarte eingeführt. Voraussetzung hierfür sind ehrenamtliche Tätigkeiten über einen Zeitraum von mindestens 25 Jahren, die weiteren Voraussetzungen gegenüber der normalen Ehrenamtskarte entfallen. Die Antragsvordrucke stehen zeitnah im Internet zur Verfügung.

#### d) Belange der Menschen mit Behinderung:

Frau Björklund wies darauf hin, dass sie in letzter Zeit vermehrt Anfragen zu Problemlagen in Zusammenhang mit dem Schulbesuch erreichen. Hier geht es um Integrationshelfer und -kräfte, organisatorische Fragen, Gebärdensprachkurse bei Einschulung und einiges mehr. Weiter teilte sie mit, dass der Arbeitskreis Begegnung getagt hat und den Zwischenbericht des Inklusionsplans besprochen hat, der heute auf der Tagesordnung steht. Der Arbeitskreis hat aufgrund der weiterhin instabilen Corona-Situation beschlossen, auf die Durchführung des Tages der Begegnung im Mai zu verzichten; gleiches gilt für den Beckumer Kongress. Das nächste große Projekt des Arbeitskreises wird die Fortschreibung des Inklusionsplans sein. Das nächste Treffen findet im April statt.

e) Gleichstellung:

Frau Björklund begann den Bericht mit dem Hinweis, dass diese Woche eigentlich als Woche der Gleichstellung bezeichnet werden könne, denn am Montag, 7. März war der Equal Pay Day, der sich offiziell mit dem allgegenwärtigen Thema der Digitalisierung beschäftigte. Den Schulterschluss zum Equal Care Day am 1. März gibt es mit einer landesweiten Veranstaltung am 11. März in Düsseldorf. Diese Fachtagung ist eine Kooperation von Verdi, BPW Düsseldorf, der Landesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros und Gleichstellungsstellen, der KFD und einiger Städte.

Am 8. März war der Internationale Frauentag. Die Gleichstellungsbeauftragten im Kreis Warendorf haben hierzu eine gemeinsame Online-Filmvorführung durchgeführt, es wurde der Film „Woman – 2000 Frauen, 50 Länder, 1 Stimme“ gezeigt. Die Ministerin Frau Ina Scharrenbach vom Ministerium für Heimat, Kommunales, Bauen und Gleichstellung hat am 11. März zu einer Veranstaltung in den Landtag eingeladen; inhaltlich geht es um Frauen aus Afghanistan.

Frau Björklund gab einen Hinweis zum Runden Tisch gegen Gewalt an Frauen hier im Kreis Warendorf. Um zu verdeutlichen, dass dies ein kreisweites Gremium ist, wird der Runde Tisch ab diesem Jahr an verschiedenen Orten im Kreis tagen.

Zur Situation der ukrainischen Flüchtlinge wies Frau Björklund darauf hin, dass Frauen nach ihrer Flucht nun der Gefahr des Menschenhandels ausgesetzt sind. Dies haben auch Beratungsstellen aus dem Bundesgebiet bestätigt. Mit dem Angebot einer Wohnmöglichkeit werden alleinreisende Frauen direkt angesprochen, manchmal schon an der Grenze. Es gilt Wohnmöglichkeiten daher vorab gut zu prüfen.

Letztlich gab Frau Björklund einen Rückblick auf Ereignisse des Jahres 2021. Am 25. November war der Internationale Tag gegen Gewalt an Frauen, der mit der kreisweiten orangenen Beleuchtung und der Busaktion erfolgreich verlief. Bezüglich des Entwurfes des Ministeriums Heimat, Kommunales, Bauen und Gleichstellung zum Pakt gegen Gewalt gibt es bisher nichts Neues.

f) Neubürgerbroschüre:

Herr May-Neitemann berichtete, dass entgegen einer bisherigen Annahme eine zur Zufriedenheit überarbeitete Vorlage der Neubürgerbroschüre in „Leichter Sprache“ noch nicht zur Verfügung, so dass diese noch nicht vorgestellt werden kann. Man befindet sich aber im finalen Austausch, so dass die Broschüre möglicherweise in der nächsten Ausschusssitzung vorgestellt werden kann.

**4 Bericht über offene Anträge und Anfragen der Fraktionen sowie über offene Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen**

**Vorlage: 2022/0081**

Herr Schulte wies auf den offenen Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hin, der der Einladung als Anlage beigefügt ist, und der die Erstellung eines Aktionsplanes gegen Gewalt an Frauen und Mädchen gemäß der Istanbul Konvention zum Thema hat. Neben Bundes- und Landesplänen sind zielorientierte Aktionspläne nach der Istanbul Konvention auch kommunal zu verankern.

Dieser Antrag ist noch in Bearbeitung. Derzeit laufen verwaltungsintern Prozesse, um Zuständigkeiten, Beteiligungen und Schnittstellen abzustimmen.

## 5 Vorstellung der Arbeit der Frauenberatungsstelle Beckum

### Vorlage: 2022/0080

Die Vorsitzende Frau Burtzlaff begrüßte Frau Gabriele van Stephaudt von der Frauenberatungsstelle/Kontaktstelle gegen sexualisierte Gewalt in Beckum.

Frau van Stephaudt berichtete, dass die Arbeit in der vergangenen Zeit stark im Zeichen der Corona-Pandemie stand. Zu Beginn der Pandemie konnte die kreisweit tätige Frauenberatungsstelle eine Zurückhaltung mit Meldungen feststellen. Erst später wurde deutlich, dass das enge Zusammensein der Familien während der Kontakteinschränkungen viele Probleme mit sich brachte und die Eskalationsschwelle herabgesenkt hat. Aber die Frauen haben sich nicht herausgetraut, auch die Polizei hatte weniger Meldungen zu verzeichnen. Nach den Coronalockerungen stieg die Zahl der Anfragen und der Hilfesuchenden. Die Frauenhäuser wurden voll.

Im Jahr 2021 suchten 483 Frauen und Mädchen Hilfe. Hinzu kamen in 78 Fällen Fachpersonen, die bei der Frauenberatungsstelle Fachberatung suchten. Dies waren häufig Schulsozialarbeiter. Therapeuten haben Frauen und Mädchen zur Stabilisierung an die Frauenberatungsstelle verwiesen. Es ist ein Anstieg der Gewalt zu beobachten, von sonst 78-80 % waren es jetzt 82 % der Fälle, bei denen Gewalt im Mittelpunkt stand. 345 mal ging es um physische oder psychische Gewalterfahrung. 142 Frauen erlitten sexuelle Gewalterfahrungen.

Frau van Stephaudt wies auf eine Besonderheit hin: in Zeiten des Lockdowns haben sich gerade Jugendliche Kontakte auf Dating-Plattformen aufgebaut. Nach den Coronalockerungen kam es dann zu einer ersten Begegnung, während der ein Übergriff erfolgte.

Die Pandemie hat gezeigt, so Frau van Stephaudt, dass es noch nie so viele psychische Problemlagen und Angststörungen auch bei jungen Leuten gegeben hat. Gerade Alleinstehende waren isoliert und abgeschnitten von der Welt.

Die Arbeit der Fachstelle, die mit 1,5 Stellen besetzt ist, wird zusätzlich dadurch erschwert, dass der Kreis Warendorf ein Flächenkreis mit weiten Anfahrtswegen ist. Entweder hält die betroffenen Frauen der weite Weg bis Beckum ab, oder es dauert zu lange, bis ein Termin vor Ort wahrgenommen werden kann. Dabei ist es wichtig, gerade Opfern sexualisierter Gewalt schnell zu helfen. Es kostet Mut, sich zu melden. Wenn dann der Weg zu weit ist, verlieren die betroffenen Frauen den Mut, oder richten sich mit ihrem Problem ein – was auf Dauer schlimme Folgen hat. Die Schaffung einer zweiten Fachstelle im Kreis Warendorf hat das zuständige Ministerium im vergangenen Jahr abgelehnt.

Aufgrund des so stark gestiegenen Bedarfs hat die Frauenberatungsstelle daher nun an das zuständige Ministerium eine Überlastungsanzeige gerichtet. Sie ist nicht symbolisch gemeint, sondern besagt, dass die kreisweite Betreuung von betroffenen Frauen unter diesen Umständen tatsächlich personell nicht mehr zu leisten ist.

Im Jahr 2021 gab es 135 Meldungen durch die Polizei, wovon 112 Fälle häusliche Gewalt betrafen. Bis Ende Februar 2022 sind bereits 34 Meldungen eingegangen. Rechnet man dies hoch, so ist mit noch höheren Zahlen zu rechnen als 2021.

Haben die Mitteilungen sexualisierte Gewalt zum Gegenstand, so hat dies eine sehr aufwändige Beratung zur Folge, denn es handelt sich um extrem verstörte Personen,



die über eine lange Zeit begleitet werden müssen. Denn der Weg, bis „Gerechtigkeit hergestellt wird“, sprich, bis es zur Gerichtsverhandlung kommt, dauert sehr lange, in dieser Zeit brauchen die Betroffenen Begleitung.

Die nun kommenden Problemlagen in Zusammenhang mit der Ukraine sieht Frau van Stephaudt mit großem Respekt. Aber die ukrainischen Frauen und Kinder müssen erst einmal ankommen. Es braucht vor allem Freundlichkeit, Mitgefühl aber auch wohlwollende Distanz um den Betroffenen vorrangig das Gefühl zu geben, angenommen zu werden.

Frau Zeyn erkundigte sich, wie der Ausschuss unterstützen könne, dass die fehlende Stelle eingerichtet wird. Frau van Stephaudt antwortete, dass Fürsprache wichtig ist. Sie riet dazu, den Kontakt mit der Politik, insbesondere den Kandidaten der anstehenden Landtagswahl zu suchen. Die Politik und die Verwaltung müssen deutlich machen, dass dies gewünscht ist. Die Finanzierung erfolgt über Land und Kreis.

Frau van Stephaudt wies noch auf ein Projekt hin, dass bisher nicht angelaufen ist und immer wieder an zu knappen Ressourcen scheitert, und zwar ein Angebot für Frauen und Mädchen mit Behinderung. Diese besonders vulnerable Personengruppe kann sich oft nichts selbst äußern. Es wird eine Zusammenarbeit mit Schulen und den Freckenhorster Werkstätten angestrebt. Auf die Frage von Frau Averdung teilte sie mit, dass auch die wegen Corona auf Eis gelegten Selbstbehauptungskurse wieder aufgenommen werden sollen. Im Nachgang eines Kurses ergibt sich aber häufig ein erhöhter Beratungsbedarf, da danach Frauen kommen und sich öffnen und aussprechen.

Frau Burtzlaff bedankte sich für den informativen, beeindruckenden Bericht.

## **6 Vorstellung der Evaluation des Inklusionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenkonvention**

**Vorlage: 2022/0079**

Frau Björklund verwies auf die der Einladung beigefügte Power-Point-Präsentation.

Handlungsfeld Erziehung und Bildung:

Frau Zeyn fragte, wie die Willkommensbesuche angenommen werden. Frau Björklund konnte diese Frage nicht beantworten, versprach aber, die Information nachzureichen. Herr Schulte schlug vor, dies im entsprechenden Ausschuss, dem Jugendhilfe-Ausschuss, zu berichten.

Handlungsfeld Arbeit:

Frau Zeyn erkundigte sich, wieviel Aufträge prozentual an entsprechende Firmen vergeben werden. Diese Information wird nachgereicht.

Handlungsfeld Politische Teilhabe:

Auf die Frage von Frau Zeyn zum Handlungsfeld 45, ob die Wahlschablonen automatisch verschickt werden oder ob die Betroffenen sie beantragen müssen, teilte Frau Björklund mit, dass diese angefordert werden müssen. Es entspann sich eine Diskussion, ob es nicht besser sei, dass die Schablonen in den Wahllokalen vorgehalten werden. Aber zum einen liegt die Wahlleitung und damit die Entscheidung beim Kreis Warendorf, zum anderen sind diese Schablonen einmalig, müssten also bei jeder Wahl neu beschafft werden. Frau Burtzlaff schlug vor, dass die Parteien die

Anregung über ihre Kreisverbände weitergeben. Eventuell kann der Behindertenbeirat eingeschaltet werden.

Herr Brinkmann merkte an, wenn es so ist, dass die Wahlschablonen einzeln angefordert werden müssen, dann sei die Maßnahme nicht umgesetzt. Ähnliches sah er für die Maßnahme 46, auch wenn der Raum rollstuhlgerecht ist, aber Unterstützungsbedarfe angemeldet oder die Begleitung durch Gebärdendolmetscherinnen oder Gebärdendolmetscher frühzeitig geplant werden müssen. Frau Björklund bestätigte, dass es so gesehen nicht voll umgesetzt ist, zumal in den Räumen auch nicht unbedingt eine Schleife liegt. Das ist nun Definitionssache, der Arbeitskreis hatte eher das Gebäude im Blick. Sie schlug vor, diese Maßnahme noch einmal in den Arbeitskreis zu nehmen und hier nachzuschärfen.

Handlungsfeld Mobilität, Barrierefreiheit und Freizeit:

Auf die Frage von Frau Zeyn teilte Frau Björklund mit, dass es noch keinen Zeitplan für die anvisierten Schulungen (Maßnahme 22) gibt. Zu Maßnahme 30 fragte Frau Zeyn, ob Frau Björklund bei Planungen einbezogen wird. Dies, so gab Frau Björklund einen kurzen Überblick über die 2020 geänderte Rechtslage des Baugesetzbuches, ist nur noch bei Baumaßnahmen der öffentlichen Hand der Fall.

Nicht durchgeführte Maßnahmen:

Bei den nicht durchgeführten Maßnahmen wurde die inklusive Ausrichtung des Regelschulangebotes besprochen. Der Inklusionsplan des Kreises Warendorf sieht diese Maßnahme ebenfalls vor, daran hatte der Arbeitskreis sich bei Aufstellung des Inklusionsplans für Beckum orientiert. Für die Stadt Beckum ist diese Maßnahme aber nicht umsetzbar, da sie nur für die Schulverwaltung zuständig ist. Der Kreis Warendorf ist für die Schulausrichtung und -aufsicht verantwortlich. Hier gibt es für die Stadt Beckum also keinen Handlungsspielraum.

Besprochen wurde auch die nicht durchgeführte Maßnahme 31. Hier wurde Kritik an der Stadt Beckum laut, die in den Einrichtungen scharf auf die Einhaltung von Brandschutzkonzepten achtet, selber aber für die eigenen Gebäude sinnvolle Notfallausstattungen und Konzepte nicht umsetzt.

Frau Björklund änderte das Fazit zum Umsetzungsstand insoweit ab, dass wie besprochen nicht 14 Maßnahmen als umgesetzt gelten, sondern 12, und dass 2 Maßnahmen noch einmal überprüft werden.

## **7 Anfragen von Ausschussmitgliedern**

Herr Brinkmann fragte zur Berücksichtigung von Werkstätten für Menschen mit Behinderung bei Ausschreibungen, was denn hier mit der Einhaltung des Mindestlohngesetzes sei. Denn den würden die Beschäftigten ja tatsächlich nicht erhalten. Frau Averdung erklärte, dass aber die Mitarbeiter mindestens den Mindestlohn erhalten. Die Beschäftigten seien dagegen über den LWL beschäftigt.

Herr Meyer fragte an, was mit Sprachkursen für ukrainische Flüchtlinge sei. Herr Schulte antwortete, dass dies noch in der Findung sei, es gibt noch keine konkreten Angebote. Weiter fragte Herr Meyer, wie der Schulbesuch gehandhabt werde. Herr Schulte antwortete, wie die Schulpflicht umgesetzt werde, sei noch nicht klar.

Herr Brinkmann fragte, ob es für ukrainische Flüchtlinge einen Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz gibt. Herr Schulte antwortete, den gebe es nicht sofort, trotzdem bemühe man sich, die Möglichkeiten auszuschöpfen..

Frau Burtzlaff fragte zum Inklusionsplan an, ob es möglich sei, die Ergebnisse dort einzuarbeiten, eventuell über Fußnoten, damit der aktuelle Stand zu erkennen ist. Diese Anregung nahm Frau Björklund auf.

Für die Richtigkeit:

Beckum, den 13. April 2022

gezeichnet  
Karin Burtzlaff  
Vorsitz

Beckum, den 13. April 2022

gezeichnet  
Maria Heumann  
Schriftführung